

Abonnementgebühren:
Stichtagen: Jährlich Fr. 5. —, 1/2jähr. 2.50, 1/4jähr. 1.40
Schweiz: Jährlich Fr. 6. —, 1/2jähr. 3.50, 1/4jähr. 2.10
— Postamtlich bestellt 20 Rp. Postlag. —
Uebrig: Dän. Fr. 5. — jährlich, nebst Postzuschlag.

Insertions-Gebühren:
Stichtagen: Die einseitige Zeile oder deren Raum
10 S. Reklamen 20 S. — Bei Wiederholungen nach
größeren Aufträgen Rabatt.
Schweiz: Die einseitige Zeile 15 Rp. Reklamen 30 Rp.

Oberrheinische

Nachrichten

Anzeiger für Liechtenstein und Umgebung.

Erscheint jeden Samstag

Abonnements nehmen entgegen: Buchdruckerei A. G. in Melis, die Zeitungsträger und die Poststellen.
Faserte nehmen die Zeitungsträger und müssen spätestens Freitag Vormittag bei der Buchdruckerei eingehen. — Einsendungen sind frühzeitig an die Redaktion zu senden. — Schriftlichen Anfragen sind Frankomarken beizulegen. — Anonymes wird nicht berücksichtigt.

Baduz-Melis, 11. Januar 1919. Druck und Expedition: Sarganserland, Buchdruckerei A. G. in Melis. Verlag: „Oberrheinische Nachrichten“ A.-G. in Melis. (Telefon 55). Sechster Jahrgang — Nr. 2

Bum Programm der sog. fortschrittlichen Bürgerpartei.

Endlich hat man ehrliche und offene Farbe bekundet und sich als Partei des Fortschritts konstituiert. Wie lange wurde bestritten, man brauche keine Parteien im Lande und wie lange hatte doch eine bestanden! Nach dem Programmhalte zu schließen, hat die Fortschrittspartei (Herrenpartei) den Fortschritt der Volkspartei kaum erreicht, geschweige denn überschritten. Bürgerpartei nennen sich die Gegner. Wir wollen nicht annehmen, daß darin eine Spitze gegen die Volkspartei gerichtet ist. Die Volkspartei ist keine sozialistische Partei. Sie ist eine gute demokratische Partei. Verwerflich ist es nur, wie gegnerischerseits mit Ausdrücken wie „Vollschweiß“ u. a. herumgeworfen wird. Wenn die Anhänger der Volkspartei dieses wären, dann würden es die Anhänger der fortschrittlichen Bürgerpartei ebenso gut sein und wir hätten dann lauter Vollschweiß im Lande. Alles das ist nicht der Fall. Welcher Schaden aber dem Ansehen des Landes im Auslande mit jenen Anwürfen gemacht wird, ermessen die Leichtfertigen nicht. Die Bauern, die Arbeiter, die Handwerker der Volkspartei sind ebenso gut Bürger wie die Anhänger der sog. fortschrittlichen Bürgerpartei und sie werden ihre Rechte uneingeschränkt ausüben. Ist denn etwa der Name „fortschrittliche Bürgerpartei“ ein Verleugungsname oder gar ein Propagandaartikel?

Anlässlich der Gründung der Bürgerpartei soll nach zuverlässigen Informationen gesagt worden sein, man müsse der Volkspartei entgegen treten, denn sie wachse zu stark an. Dieses Zeugnis des zu starken Anwachsens ehrt die Volkspartei, denn wir vernahmen nun aus dem Munde der Gegner, daß unsere Anstrengungen im Interesse des Volkes gelegen sind. Daß dies der Fall ist, lehrt uns übrigens das veröffentlichte, formulierte Programm der neuen Partei, das die meisten Volkswünsche, für die wir gekämpft haben, zu erfüllen verspricht. Bleibt man das Programm durch, so muß man sich fragen, wieso haben denn die Gegner eine Partei gründen müssen, wenn sie doch die meisten unserer Postulate annehmen? Galtten denn etwa die Gegner uns nicht für fähig, jene Punkte zu verwirklichen? Glauben sie, nur sie seien die berufenen Leute zur Durchführung? Hätten sie sich denn nicht der Volkspartei anschließen können? Biegt persönliche Abneigung vor? Gerade deshalb, weil man sich nicht auf dem Boden der Verständigung stelle, obwohl gegnerischerseits fast die meisten Postulate mit jenen der Volkspartei übereinstimmen, stehen wir dem Programme kopfschüttelnd gegenüber. Wenn unsere Zweifel

nicht in Erfüllung gehen sollten, wird es uns freuen.

Die Volkspartei hat aus guten Gründen noch kein formuliertes Parteiprogramm aufgestellt, sie hat bisher nur einzelne Programmpunkte veröffentlicht. Es wird nun in nächster Zeit ein formuliertes Parteiprogramm veröffentlicht werden. Durch Vergleich mag sich dann jeder Leser die Unterschiede selbst herausuchen.

Hier mag nur einiges gestreift werden. Das sogen. „politische“ Programm enthält für uns nichts neues. Wenn dort und auch sonst immer betont wird, daß gesunder Fortschritt in den Bahnen des Fortschrittes statthaben solle, so wird stets auf die Vorgänge vom 7. November 1918 hingewiesen, an denen Parteimitglieder auch teilgenommen haben. Wir wollen doch alle ehrlich und aufrichtig demokratische Politik treiben und eine demokratische Monarchie ohne besondere Hintergedanken ausbauen. Es ist darum festzuhalten, daß Inländer an der Regierung sitzen und daß besonders auch der Regierungsvorsitzende ein Inländer ist. Die Formel: Auch bei Bestellung des Landesverwalters sollen in erster Linie hierfür geeignete Inländer in Betracht kommen, falls sie das Vertrauen von mindestens Dreivierteln des Landtages besitzen“, ist unannehmbar. Auf der einen Seite sagt man stets von einer parlamentarischen Regierung. Dazu paßt aber diese erhöhte Landtagsmajorität und diese verdeckte Ausländerie recht schlecht. Mit Ausnahme in den Kolonien kommt es sonst nirgends mehr vor, daß Inländer an der Spitze eines Staates regieren. Im Widerspruch mit dem Versprechen einer parlamentarischen Regierung und mit dem demokratischen Gedanken überhaupt stehen weiter die Forderungen, daß „wenn ein Mitglied der Regierung durch die Amtsführung das Vertrauen des Volkes und des Landtages verliert, so ist der Landtag berechtigt, beim Landespräsidenten die Enthebung zu beantragen.“ Der Landtag kann diesen Antrag heute schon stellen, man vergleiche nur die Verfassungsbestimmungen, also ein neues Recht wird da nicht aufgestellt. Wann hat denn ein Mitglied das Vertrauen des Volkes und des Landtages verloren? Etwa wenn in allen Wirtschaften des Landes über ein Mitglied aechtschimpft wird oder wenn ein Mitglied der sog. besseren Gesellschaft nicht mehr paßt? Und feststellen soll der Landtag, daß das Mitglied kein und des Volkes Vertrauen verloren habe. Nach parlamentarischen Grundsätzen hat die Regierung zurückzutreten, wenn sie das Vertrauen der Volksvertretung nicht mehr besitzt. Sie stellt daher von Zeit zu Zeit die Vertrauensfrage. Wird das Vertrauen verweigert, hat die Regierung nach näheren Formlichkeiten zurückzutreten (Parlamentarismus). Schon wenn die Regierung das

Vertrauen des Landtages nicht mehr genießt, hat sie abzutreten, sonst könnte sie ja immer sagen, ich besitze noch das Vertrauen des Volkes, wenn auch nicht der Volksvertretung. Mit dieser Formulierung kann ein aufrichtiger Demokrat nicht einverstanden sein. Die Wahl der beiden Regierungsräte hat durch den Landtag zu geschehen und zwar ohne nachträgliche Bestätigung durch den Landespräsidenten.

Die Landtagswahlen sollen wie bisher vor sich gehen. Fraglich ist nur, ob man nicht der Gemeinde Wahlen entgegenkommen und sie als eigenen Wahlort anerkennen will. Warum soll diesem Wunsch nicht nachgegeben werden? Die Zahl der Landtagsmitglieder ist zu erhöhen, derart, daß im Oberlande wie Unterlande mehr Volksgenossen gewählt werden. Ein anderer Vorschlag ist, daß die st. Abgeordneten verschwinden. Je kleiner das Gemeinwesen, desto größer die Zahl der Volksvertreter. So ist z. B. in kleinen fremden Ländern auf je 250 Seelen ein Abgeordneter zu wählen. Das würde bei uns die respektable Zahl von 33 Volksgenossen ausmachen. Nach unserer Ansicht sollten etwa 19 oder 17 Volksgenossen gewählt werden, die Grundlage des Landtages im Volke ist dann eine breitere und damit eine festere; sie würde es verhältnismäßig auch dann, wenn keine st. Abgeordneten mehr bestellt würden. Aber selbst wenn solche bei erhöhter Zahl der Volksgenossen durch kollektiven Beschluß der Regierung zur Bestellung in Voranschlag gebracht werden, müssen die Vorgesetzten das Volkstrauen ihres Wahlkreises besitzen und es muß bei der Erneuerung nicht einseitig vorgegangen werden. Die Erfahrung hat hier mißtraulich gemacht.

Die fortschrittliche Bürgerpartei hält immer noch am rückwärtigen Alter von 24 Jahren fest. Gerade Führer der Gegenpartei haben noch vor Wochen gesagt, es sollen nur die Jungen die Politik betreiben und die Alten zurücktreten. Sie waren mit der Seabeebung des Wahlalters einverstanden. — In fast allen auswärtigen und in allen uns umgebenden Staaten ist das Alter auf 21, in der Schweiz sogar auf 20 Jahre heruntergesetzt. In Deutschland sind die Leute schon seit langer Zeit mit dem 21. Lebensjahre wahlfähig und großjährig. Wenn aber in jenen Ländern das Alter auf 21 Jahre herabgesetzt wurde, warum soll es denn bei uns nicht geschehen? Der Einwand, daß man dort umgekehrt Militärdienst leisten müsse, trifft nicht voll zu, denn auch im Nachbarstaat Oesterreich mußten die jungen Männer Dienst leisten und wurden bis vor kurzem erst mit 24 Jahren volljährig und wahlfähig. Deutsch-Oesterreich hat nun aber auch das Alter von 21 Jahren angenommen. Uebrigens ist es sonderbar,

daß die jungen Männer bei uns Pflichtdienste (z. B. Feuerwehrdienst, dann Gemeinbedienst) leisten müssen. Militärdienst können sie aus leicht verständlichen Gründen nicht leisten. Warum sollen sie aber andere Dienste leisten und warum kommt man ihnen nicht entgegen? Man brüsst sich weiter bei uns mit dem hohen Stande der Volksschulbildung. Dies ausgeben, aber vermag denn diese gleiche Bildung nicht zu bewirken, daß unsere Leute wie jene der Nachbarländer mit 21 Jahren voll berechtigt werden? Ein sonderbarer Widerspruch. Unsere jungen Leute müssen frühzeitig, mit 16 und mehr Jahren schon hinaus ins Leben, um ihr Brot zu verdienen. Wirtschaftlich müssen sich die Leute auf eigene Füße stellen und das ist doch das Wichtigste und hieran hilft ihnen das Land nichts. Im Großen und Ganzen halten sich unsere Auswandiger brav. Warum soll ihnen das Land nicht auch im öffentlichen Leben die Selbstständigkeit mit 21 Jahren einräumen? Etwa weil sie gar kurios wählen oder stimmen würden? Aber sie werden doch politisch nicht dumme Streiche spielen und sich wirtschaftlich brav aufzuführen. Auswärts sind die Leute wie gesagt früher wahlfähig, lassen nur die Liechtensteiner länger als Ausnahme unter väterlicher Gewalt oder Vormundschaft stehen? Sollen unsere Leute in privatrechtlicher internationaler Beziehung noch schlechter dastehen als bisher? Hierüber ein anderes Mal. Soll das Landgericht trotz seiner vielen Arbeit die Vormundschaften noch drei Jahre länger besorgen?

Jeder einseitige Liechtensteiner wird für die Seabeebung des Wahlalters eintreten. Vernünftige, stichhaltige Gründe können besonders von jenen Leuten, die sich einer fortschrittlichen Partei anschließen, nicht vorgebracht werden. Wir werden übrigens auf das Programm unserer Gegenpartei noch zu sprechen kommen. Wir wollen ja den guten Willen einiger Gegner nicht anzweifeln. Wenn aber von den Gegnern behauptet wird, sie seien keine Herrenpartei mehr und hätten gerade die älteren Herren abgeschüttelt und andere hätten keinen Einfluß mehr, so muß dies angesichts der tatsächlichen Vorkommnisse sehr stark bezweifelt werden.

Ob uns die Schreiber der Gegenpartei als Wählerpartei betrachten oder nicht, ist ganz gleichgültig. Dafür sollen die Wahlen den Beweis liefern. Es ist aber jedenfalls für uns ein Fingerzeig, daß man den alten Machtstandpunkt nicht aufgeben und daß man sich auf dieser Basis die Bestellung von Regierung und Landtag vorstellt. Unsere Freunde und Anhänger mögen sich hierüber nicht hinwegsetzen. Ja, der Friede wäre ein köstliches Gut, wenn er im Sinne der Demokratie und des Fortschrittes aufgefaßt würde!

Fenitelson. Aus eigener Kraft.

Vollroman von Otto Elster. (Nachdruck verboten.)
Ueber das jorgenvolle Gesicht Nebbermeiers blickte ein Mädchen.
„Ich danke Ihnen, Herr Baron“, entgegnete er. „Sie sind sehr gütig, und ich weiß wohl, daß ich mich auf Sie verlassen kann. Aber ich bin ein alter Mann und müde und matt von aller Sorge und Arbeit des Lebens. Wozu soll ich den Hof wieder aufbauen und die Mühe, die Arbeit, die Not und Plage von vorn wieder anfangen — am liebsten verkaufte ich den ganzen Kramp und setzte mich ein einem Winkel zur Ruhe — aber dazu langt auch nicht.“
„Dummes Zeug! — Sie sind noch ein kräftiger, gesunder Mann — wir wollen uns noch lange nicht zur Ruhe setzen, Christian Nebbermeier.“
„Wenn ich einen Sohn hätte, dann sollte es sich wohl der Mühe.“
„Sie haben eine Tochter — ein hübsches, gutes Mädchen.“

„Ja — aber ein Sohn wäre mir doch lieber.“
„Nun lassen Sie die Grübeleien, und kommen Sie zum Frühstück. Meine Frau wird uns schon erwarten.“
„Ich kann doch nicht so vor die Frau Baronin treten.“
„Ja so — wir sehen beide wie die Kaminsfeger aus. Na, dann wollen wir uns jetzt einmal waschen. Karl“, rief er dem eintretenden Diener zu, „führe Herrn Nebbermeier in ein Zimmer, wo er sich waschen kann. Und dann bring ihn ins Speisezimmer.“
„Sehr wohl, Herr Baron“, erwiderte der gutgeschulte Diener, ein alter Soldat aus der Schwadron des Mittelmeisters. „Ich bitte, Herr Nebbermeier“, wandte er sich dann an den Alten, „führte ihn in ein Fremdenzimmer und half ihm beim Reinigen seiner Kleidung.“
Christian Nebbermeier sah denn auch ganz schmutz aus, als er in das Speisezimmer trat; er hatte beim Ausbruch des Brandes die Sonntagskleider, die ihm noch zur Hand lagen, rasch wieder angezogen, und da Karl sie sauber gefopft und gebüßtet hatte, so konnte sich Christian wohl in ihnen zeigen, wenn sie auch einige Spuren von der Arbeit bei den Köchchen aufwiesen.

„Ich muß um Entschuldigung bitten, gnädige Frau“, sagte er.
Die Baronin, eine schlanke, vornehme Gestalt mit einem schmalen, blassen Gesicht, aus dem zwei große, blaue Augen freundlich hervorblitzten, reichte ihm die feine, weiße Hand. Um ihren Mund machte sich eine leise Leidenslinie bemerkbar, und ihre blauen Augen konnten manchmal recht melancholisch blicken. Seit Jahren schon quälte sie ein innerliches Leiden, das keine Kunst der Ärzte zu heilen vermochte, das die Baronin aber mit bewundernswertem Geduld ertrug. Oft aber warf dieses Leiden sie auf ein toge-langes Schmerzenslager.
„Sie sind herzlich willkommen, Herr Nebbermeier“, sprach sie mit ihrer sanften, freundlichen Stimme. „Ich bedaure Ihr Unglück von ganzem Herzen, aber mit der Hilfe Gottes werden Sie es überwinden. Ihre arme Frau habe ich zu Bette bringen lassen, Johanna wacht bei ihr, seien Sie deshalb ohne Sorgen, und nun sehen Sie sich und erfreuen Sie sich erst einmal; da ist auch meine Tochter.“
Ein schlankes, junges Mädchen trat ein und reichte Christian die kleine aber braune Hand.
„Guten Tag, Onkel Nebbermeier“, begrüßte sie den Alten lächelnd, „das war eine böse, schlimme

Nacht, nicht wahr? — Ich hätte gerne mitgeholfen, aber ich mußte bei Mama bleiben.“
„Onabiges Fräulein sind sehr gütig.“
„Ach was, Onkel Nebbermeier. Wir sind doch Nachbarn und Johanna ist meine Freundin.“
„Nun laß Herrn Nebbermeier aber erst einmal essen und trinken, Mädchen“, unterbrach der Baron seine Tochter. „Greifen Sie zu, Nachbar. Wollen Sie ein Glas Rotwein oder Madeira?“
„Das ist mir einerlei, Herr Baron.“
„Na, dann trinken Sie zuerst das Glas Madeira. Der tut einem alten Soldatenherzen gut. Valerie, gib einmal den Schinken herüber.“
„Mit Gottes Hilfe werden Sie es überwinden“, hatte die Baronin gesagt und da fiel ihm dann der Berg aus dem alten schönen Kirchlein ein:
Mit Sorgen und mit Krämen
Und mit selbstgeiger Wein,
Läßt Gott sich gar nichts nehmen,
Es muß erbeten sein.
Und das Vertrauen und die Hoffnung kehrten in sein Herz zurück. Lächelnd stieß er mit dem Baron auf eine glückliche Zukunft an.
Nach dem Frühstück nahm der Baron Nebbermeier mit in sein Arbeitszimmer, einen behaglich eingerichteten Raum, der mit Erinnerungen aus des